

WEBINAR: Vom kommunalen Finanzausgleich zur Kreisumlage: Rechtliche Grundlagen der Kommunalfinanzierung

Referent: Prof. Dr. Matthias Dombert
Datum: Dienstag, 21. Dezember 2021
Uhrzeit: 09:30 bis 16:00 Uhr

Webinar-Nr.: WB210207
vhw-Mitglieder: 285,- Euro Nicht-Mitglieder: 345,- Euro

Hierum geht's

Die zunehmende Zahl von verfassungsgerichtlichen Entscheidungen zeigt, dass die Kommunalfinanzierung auch in rechtlicher Hinsicht für Städte, Gemeinden und Landkreise mehr denn je aktuelle Bedeutung hat. Die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts zur Bestimmung der Kreisumlage trägt hierzu ebenfalls bei.

In unserem Seminar erfahren Sie, wie das System des kommunalen Finanzausgleichs funktioniert und welche Methoden zur Bestimmung der finanziellen Mindestausstattung es gibt.

Dieses Webinar richtet sich an

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Städten, Gemeinden und Landkreisen, die mit Zuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich befasst sind.

[Jetzt anmelden](#)

Programm-Ablauf

WEBINAR: Vom kommunalen Finanzausgleich zur Kreisumlage: Rechtliche Grundlagen der Kommunalfinanzierung

Die Anforderungen an den kommunalen Finanzausgleich

- Wie viel Geld brauchen Kommunen? – Zur Bestimmung der kommunalen Finanzausgleichsmasse
- Die Wahrnehmung staatlicher Aufgaben durch Landkreise und Gemeinden – Zur Kostenerstattungspflicht des Landes

Das Gebot finanzieller Mindestausstattung

- Selbstverwaltung und Kommunalfinanzierung - Was das Land mindestens zahlen muss
- Methoden zur Bestimmung der finanziellen Mindestausstattung
- Organisationspflichten und Kommunen - Was Kommunen beachten müssen
- Unterfinanzierung und wie man sie feststellt

Die Kreisumlagerrechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts

- Der Stellenwert der Gemeinden bei der Festsetzung der Kreisumlage
- Zur Gleichrangigkeit gemeindlicher und kreislicher Belange
- Die Kreisumlage als Fehlbedarfsdeckung

Das Vorgehen des Landkreises und der Gemeinden bei Ermittlung und Festsetzung der Kreisumlage

- Die Anhörung der Gemeinden nach dem Landesrecht
- Abwägungsgebot und gemeindliche Beteiligung
- Auswirkungen von Verfahrensfehlern auf die Rechtswidrigkeit der Umlageerhebung

Rechtsschutz und Kommunalfinanzierung

- Die Anfechtung von Kreisumlagebescheiden
- Kommunale Verfassungsbeschwerde als Mittel kommunaler Interessenwahrnehmung?